

Mag. Othmar Karas, MBA-HSG
Vizepräsident des Europäischen Parlaments

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, lieber Erwin,
Herr Landeshauptmann-Stellvertreter,
Frau Landesrat,
Herr Außenminister,
Herr Außenminister Sebastian Kurz,
lieber Alfred Gusenbauer,
meine Damen und Herren,

ich freue mich, dass ich heute da sein darf, und alles, was wir bisher gehört haben, ist nur dann durchsetzbar, wenn wir den politischen Willen aufbringen, dafür zu werben, das umzusetzen und Schritt für Schritt Taten zu entwickeln, damit diese Ziele, diese Richtungsentscheidungen tatsächlich auch getroffen werden können.

Alles, was wir vor allem vom Herrn Landeshauptmann und von Alfred Gusenbauer gehört haben und das ich zu 100 % teile, wird nur dann funktionieren, wenn wir eine demokratische Mehrheit in allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union dafür gewinnen, dass das, was wir für notwendig und für richtig empfinden, auch mehrheitsfähig umgesetzt werden kann.

Im Moment habe ich sehr das Gefühl – auch wegen meiner Erfahrung in den täglichen Kontakten mit den Bürgerinnen und Bürgern –, dass zwischen dem, was manche für richtig und für notwendig erkennen, dem politischen Willen, auch etwas zu tun und dem Bewusstsein der Bevölkerung, wofür Mehrheiten geschaffen werden müssen und dem Informationsstand der Bevölkerung ein großes Loch herrscht.

Es ist unsere Aufgabe, die Bürgerinnen und Bürger zu beteiligen, es ist unsere Aufgabe, die Demokratie so weiterzuentwickeln, dass wir eine demokratische Mehrheit dafür finden, um raschest die notwendigen und dringenden politischen Entscheidungen und Weichenstellungen treffen zu können.

Ich möchte Ihnen sagen, mein Europa ist ein starkes Europa in der Welt. Herr Landeshauptmann Pröll hat es angeschnitten, in welcher Situation wir uns befinden, aber er hat dann einen Beistrich ausgelassen, um ihn mir zu überlassen, wie die Entwicklung ist in den nächsten 30 Jahren:

- Ja, wir sind derzeit 7 % der Weltbevölkerung, aber wir werden bis 2050 unter 4 % sein;
- ja, wir produzieren zur Stunde 25 % des Weltwirtschaftsvolumens, aber wir werden bis 2050, auch wenn wir gleich viel arbeiten, gleich erfolgreich sind, unter 10 % liegen;
- ja, wir haben im Moment drei Staaten der Europäischen Union, die Mitglied unter den acht größten Industrienationen der Welt sind, und wir werden bis 2050 keinen einzigen unter den G8 haben, Deutschland bestenfalls auf Platz 10,

weil sich die Globalisierung, weil sich die Weltwirtschaft, weil sich die politische Entwicklung so entwickelt wie sie Pröll und Gusenbauer skizziert haben.

Es ist daher nicht nur eine Frage der Vernunft, dass wir alles daran setzen, die Kräfte Europas zu bündeln, sondern es ist eine Frage der sozialen, ökologischen, ökonomischen und politischen Notwendigkeit, um dieses Projekt so erfolgreich weiterzuentwickeln.

Meine Damen und Herren, mein Europa ist nicht nur ein starkes Europa in der Welt, das eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik voraussetzt, die die wirtschaftliche Stärke auch zu einer politischen Stärke macht, mein Europa ist auch ein unabhängiges Europa, ein unabhängigeres Europa in der Welt – vom Gas aus Moskau, vom Öl aus den Golfstaaten, von den Daten-Servern in Amerika. Wir können in allen drei Bereichen sofort mit den Handlungen beginnen, Energieeffizienz steigern, Energieverbrauch reduzieren, erneuerbare Energien entwickeln und einen Energie-Binnenmarkt schaffen, eine Energie-Union.

Wir können sofort damit beginnen, endlich eine IT-Offensive in Europa zu starten und in Forschung & Entwicklung mehr zu investieren. Wir können sofort damit beginnen, sehr rasch eine neue Vision der Europäischen Union zu entwi-

ckeln, nämlich Bildungs-, Wissenschaftsinnovations- und -investitionsstandort Nr. 1 in der Welt werden zu wollen so wie es das Programm Niederösterreichs in Österreich ist, daran ein Beispiel nehmen, denn wir werden nicht wettbewerbsfähig über den Preis bei unseren Sozialstandards, unserer Gesundheitspolitik, unseren ökologischen Zielen. Wir wollen die nicht senken, wir wollen den Anspruch an uns nicht reduzieren, daher müssen wir in Bildung, Wissenschaft und Forschung, in die Mobilitäten, die Flexibilitäten, in die Qualität, in die Brain-Power der Menschen und nicht nur der Unternehmen und der Märkte investieren.

Dazu haben wir aber, und das wissen wir alle ganz genau, im Moment die Kompetenzlage, die Rechtsvoraussetzungen, auch den politischen Willen nicht in dem Ausmaß wie er notwendig ist.

Mein Europa ist ein Europa des Friedens, dass mehr ist nur „nicht Krieg“. Mein Europa ist ein Europa der Werte, das mehr ist als eine Freihandelszone von Wladiwostok nach Los Angeles. Mein Europa ist aber kein Bundes-Superstaat, daher geht es mir nie um die Frage, ich oder Europa, sondern es geht immer um die Frage, jeder alleine oder alle gemeinsam, mit einer klaren Aufgabenteilung, wer macht was und wer trägt wofür Verantwortung.

Da könnten wir uns heute ja gleich alle einigen: In den großen Dingen muss Europa größer werden und in den kleinen Dingen kleiner. Aber ich sage gleich hinzu, ich bin der Auffassung, dass die Fragen, die eine Kommune, eine Region, ein Staat alleine lösen kann, nicht mehr sondern weniger werden.

Es ist daher keine Frage des Entweder-oder, sondern eine Frage, nehmen wir die Herausforderungen an und legen wir fest, wer was zu tun hat, um sie bewältigen zu können. Wir brauchen mehr Gemeinsamkeit statt Entweder-oder und Schuldzuweisungen. Wir brauchen eine stärkere Bereitschaft, aufeinander zuzugehen, um miteinander die Herausforderungen anzunehmen und die Probleme zu lösen.

Meine Damen und Herren, ja, in acht Tagen ist Europaparlamentswahl, eine Wahl in die Bürgerkammer Europas, die größte Bürgerkammer der Europäischen Union, ein Parlament, das mehr Bürgerinnen und Bürger vertritt als Nordamerika, als der amerikanische Kongress, ein Parlament, das von mehr Bürgerinnen und Bürgern gewählt werden kann als Nordamerika Bürgerinnen und Bürger hat, das zweite größte, direkt demokratisch gewählte Parlament der Welt nach Indien.

Bei dieser Wahl geht es auch um diese Richtungsentscheidungen, die meine Vorredner angesprochen haben, aber es geht auch um die Frage, wollen wir ein demokratischeres, oder wollen wir ein nationaleres Europa, wollen wir ein wettbewerbsfähigeres oder wollen wir ein mehr verschuldetes, wollen wir ein verantwortungsvolles oder wollen wir ein populistisches, wollen wir ein Europa der Bürgerinnen und Bürger oder eines der verstärkten Regierungszusammenarbeit, wollen wir ein demokratisches Europa oder ein erpressbareres Europa?

Da bin ich bei meinem ersten Punkt. Ich bitte alle, an dieser Wahl teilzunehmen. Die Wahlbeteiligung kann auch ausdrücken – und ich weiß, was ich sage bei den Prognosen –, Ausdruck dessen sein, ob wir ein demokratischeres Europa wollen, ja oder nein, ob wir ein stärkeres Europäisches Parlament als Bürgerkammer wollen, ja oder nein.

Es ist durchgeklungen, in Kiew demonstrieren Menschen mit der Europafahne in der Hand für Friede und Freiheit und Demokratie, und bei uns überlegen sich Menschen, ob sie an der Europaparlamentswahl teilnehmen.

Sind wir zu satt geworden? Demokratie stärken, heißt teilnehmen. Teilnehmen, heißt hingehen und mitmachen. Die Voraussetzung dafür ist, dass wir die Bürgerinnen und Bürger informieren, denn die Information schafft Bewusstsein, und das europäische Bewusstsein ist die Voraussetzung für die Beteiligung.

Meine Damen und Herren, wir leiden unter einem eklatanten Informations- und Kommunikationsdefizit über die Rolle der Europäischen Union, über die Rolle Österreichs in der Europäischen Union, über die Rolle des Europäischen Parlaments, über die Gestaltungsmöglichkeiten in Europa.

Jeder von uns kann einen Beitrag leisten, dass dieses Informations- und Kommunikationsdefizit reduziert wird, denn mein Eindruck ist, dass die mangelnde Information der größte Nährboden für den Populismus, für die Ohnmachtgefühle und für die Extreme ist, daher ist Demokratie und Information auch die beste Antwort auf Populismus.

Wir müssen darüber reden, welche Rolle die Bürger, die Parteien, die Institutionen in diesem Projekt haben sollen. Daher appelliere ich an Sie, bitte sorgen Sie dafür, dass das Thema Europa nicht nur im Europawahlkampf ein Thema ist.

Ich habe in den letzten vier Wochen mehr Interesse für unsere Arbeit vorgefunden als in den letzten viereinhalb Jahren. Meine Kolleginnen und Kollegen und ich kommen im Regelfall dann vor, wenn wir Funktionen in der Innenpolitik bekleiden und nicht, was wir im Europaparlament an täglicher Arbeit konkret für die Bürgerinnen und Bürger und unsere Regionen leisten. Bitte hören wir nicht auf nach dem 25. Mai!

Hier bin ich bei einem Punkt der Bildung und der Schule. Ich habe gestern mit Herrn Außenminister Sebastian Kurz sechs gemeinsame Flaggschiffe, wo die Demokratisierung und die Demokratiepolitik dazugehört, vorgestellt.

Ich meine, ja, wir müssen dafür sorgen, dass jede Schülerin und jeder Schüler bis zum Schulabschluss die europäischen Institutionen kennenlernen kann.

Ja, wir sollten dafür sorgen, dass jede Bildungseinrichtung eine Patenschaftseinrichtung außerhalb Österreichs, aber innerhalb der Europäischen Union erhält, die sozialen Medien machen dies möglich.

Ja, wir müssen dafür sorgen, dass die Schülerinnen und Schüler in jeder Gemeinde auf Entdeckungsreise gehen wie die EU ihnen zuhause begegnet. Dazu brauchen wir nicht mehr Geld, dazu benötigen wir nur mehr politischen Willen.

Meine Damen und Herren, Demokratie heißt auch – keine Entscheidung ohne dem Europäischen Parlament bei europäischen Themen! Wenn Parlamente dabei sind, dann ist für Transparenz gesorgt statt für geschlossene Türen, dann ist für demokratische Legitimierung gesorgt statt nationaler Erpressbarkeit und dann ist für demokratische Kontrolle gesorgt statt zuzudecken. Keine Entscheidung ohne Beteiligung der Bürgerkammer Europas, keine Entscheidung ohne nationale und regionale Parlamente für die Entscheidungen auf ihrer Ebene!

Meine Damen und Herren, Demokratie heißt auch Verantwortung übernehmen statt sich zu verstecken, nicht hinter dem Markt sich zu verstecken, sondern öko-soziale Marktwirtschaft heißt, dem Markt Regeln zu geben, damit er seiner sozialen und ökologischen und Nachhaltigkeitsverantwortung gerecht werden kann.

Verantwortung zu übernehmen heißt auch, den Bürger zu schützen, und daher müssen die Dienste im allgemeinen Interesse kommunale, regionale und nationale Zuständigkeit bleiben und dürfen nicht den Marktmechanismen oder der Europäischen Union überlassen werden.

Meine Damen und Herren, dazu möchte ich zum Schluss ein Beispiel sagen, was ich im Wahlkampf erlebt habe, und vielleicht ist das eine Anregung.

Wir reden vom Subsidiaritätsprinzip, das ist ein Prinzip, wo jede Region, jeder Staat seit dem Lissabon-Vertrag seine Bedenken vom Beginn des Entscheidungsprozesses an einbringen kann. Führen wir offensiv diese Subsidiaritätsprüfungen durch, aber erweitern wir sie um drei Bereiche!

Ich war in der Landesfeuerwehrschule in Tulln, und mir ist aufgefallen, dass viele Regelungen national und auch europäisch die Möglichkeit des Ehrenamtes in Österreich und in Niederösterreich beeinträchtigen. Wir müssen einen Ehrenamts-Check bei allen gesetzlichen Regelungen durchführen, damit Arbeitszeitregelungen, Normierungsregelungen und andere technische Regelungen nicht auf Kosten der Teilnahme in der Zivilgesellschaft ehrenamtliche Tätigkeit behindert. Auch das wäre eine Möglichkeit, die wir zusätzlich einbringen.

Und wir sollten einen Start-up und KMU-Check, einen Gründer-Check durchführen, ob die Regelungen, die wir haben, einer Unternehmens- und Gründungsoffensive im Wege stehen, ja oder nein. Und wir sollten natürlich die Subsidiaritätsprüfung aufrechterhalten.

Meine Damen und Herren, wir sollten aber auch die direkte Demokratie weiterentwickeln. Das Volksbegehren, das Bürgervolksbegehren, sollte sich erweitern zu einem Initiativrecht im Gesetzgebungsprozess, und die europäische Volksabstimmung, die erste gemeinsame, sollte spätestens 2019 abgehalten werden in allen Staaten Europas, Mehrheit der Bürger und Mehrheit der Staaten.

Wir sollten das Wahlrecht reformieren: Direktmandate auf nationaler Ebene und europäische Listen auf europäischer Ebene. Wir sollten darüber nachdenken, ob wir die Zweite Kammer, nämlich den Rat, zu einem Senat weiterentwickeln und ebenfalls direkt demokratisch als Gesetzgeber wählen.

Meine Damen und Herren, es gibt Überlegungen genug: Demokratie in Europa – wir haben die Wahl. Ja, wir müssen Europa auch demokratischer machen. Wenn wir es nicht demokratischer machen, dann haben wir keine Wahl, dann haben wir nämlich keine Wahl zwischen dem, was heute das Bewusstsein, die Stimmungslage ist und dem, was meine Vorredner an Zielen formuliert haben, weil wir dann dafür keine demokratischen Mehrheiten haben und weil die Auseinandersetzung um den Weg unter Umständen die Nationalisierung fördert und nicht die Europäisierung.

Deshalb trete ich so massiv für eine Zukunftsdebatte über die Rolle Europas ein, ob man das Konvent nennt, ob das nicht auch wie das Göttinger Forum ein Teil dieses Think Tanks ist, wir müssen Nägel mit Köpfen machen, wir müssen die Bürger beteiligen, wir müssen die Zukunft zu unserem Thema und dieses Projekts machen. Ja, dann können wir das alles erreichen, weil wir es erreichen müssen. Die Bürger erwarten, dass wir auf sie zugehen, dass wir sie mit ihren Fragen und Ängsten nicht alleine lassen, dass wir sie in die Entscheidungen einbinden, dass wir sie zu Beteiligten machen.

Ich hoffe, dass der 25. Mai eine weitere Türe in diese Richtung aufmacht und Sie beteiligt sind.

Danke!